

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Abnahmebestellungen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Zeugungspreis monatlich (rei Haus 2 RM, halbm. 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft  
Schreibleitung: Dresden-21, Oberbahnstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neuzeitlich gestaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familien-Anzeigen 0,20 RM für die Reklamenseite einschließlich an den dreifachen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr mittags in der Expedition Dresden-21, Oberbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Feiertagen / In Fällen späterer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Freitag, den 21. Oktober 1927

Nummer 247

## Vor dem Schlichterdistat

Die Schiedsverhandlungen abgebrochen / Der Schlichter soll heute entscheiden und den Bergarbeiterkampf durch Zwangsschiedspruch abdroffen / Freche Provokationen der Grubenbarone / Terrormaßnahmen gegen Arbeiter gefordert

### Solidarität mit den Bergarbeitern

Berlin, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Nachdem gestern die freien Verhandlungen, die um 11 Uhr im Reichsarbeitsministerium begonnen hatten, scheiterten, wurde eine Schlichterkammer gebildet und die Verhandlungen gestern nachmittags 15 Uhr fortgesetzt. Die Unternehmer befolgten ihre alte Taktik: erst Verhandlungen über die Nebenfragen und zuletzt Behandlung der Lohnforderungen. Um 20 Uhr nachts wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen und auf heute Freitag 13 Uhr verlagert. Wie wir hören, ist über einige Nebenfragen (Zurücknahme der Kontraktbruchstrafen seitens der Unternehmer und Zurücknahme der Kündigungen seitens der Bergarbeiter) zwischen den Verhandlungsleitern und den Unternehmern eine grundsätzliche Einigung erfolgt. Dagegen erklärten sich die Unternehmer nach wie vor in härtester Weise gegen jeden Pfennig Lohnzulage, die ihnen nicht die Preiserrhöhung zugebilligt wird.

Der Schlichter beabsichtigt, heute die Verhandlungen über die weiteren Nebenfragen, in denen keine Einigung erzielt werden konnte, so weit vorwärts zu treiben, daß er, wenn in der Hauptfrage des Lohnes kein Ergebnis erzielt wird, heute einen Zwangsschiedspruch (Zurücknahme der Kontraktbruchstrafen) zwischen den Parteien dieses Schiedspruchs durchzusetzen, so ist, wie das Berliner Tageblatt heute feststellt, bestimmt damit zu rechnen, daß dieser Schiedspruch noch heute abend vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt wird.

Das schamlose Verhalten der Unternehmervertreter gegenüber den geringen Forderungen der Bergarbeiter wird den Kampfen derselben nur noch steigern. Aus allen Berichten, die heute morgen aus dem Streikrevier vorliegen, ist zu ersehen, daß die gesamte Bergarbeiterschaft unentwegt an ihrer Mindestlohnforderung von 80 Pf. pro Stunde ohne gleichzeitige Erhöhung des Kohlenpreises festhält, da sie sich bewußt ist, daß sonst ihre geringe Lohnhöhe sofort wieder illusorisch gemacht würde. Die Grubenbarone werden aber nur dann die Forderung der Bergarbeiter bewilligen, nur dann wird es möglich sein, trotz des drohenden Distats des Schlichters den Sieg der Bergarbeiter abzuwehren, wenn die Unternehmer unter härtesten Druck gesetzt werden, d. h. der Kampf der Bergarbeiter muß nicht nur die volle moralische Unterstützung der Gesamtarbeiterschaft finden, sondern die den Bergarbeitern verwandten Industrie- und Transportgewerbe, müssen mit aktiver Solidarität im gleichfalls den Kampf zur Unterstützung der Bergarbeiter und zur Ermöglichung eigener besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen aufnehmen. Die Notwendigkeit der Verbreiterung und Vertiefung des mitteldeutschen Bergarbeiterkampfes ist um so dringender, als jetzt die Grubenbarone im Ruhrkohlenbergbau erkennen geben, daß sie den Forderungen der Ruhrbergarbeiter auf keinen Fall nachgeben wollen. Auf die Forderungen der Grubenbarone haben die Berggewaltigen nur Hoja und Spott geantwortet. So wird heute aus Essen gemeldet, daß auf das Schreiben der Ruhrbergarbeiterverbände vom 11. Oktober an den Forderungsbund von letzterem folgende Antwort eingekommen ist:

„Ihrem im Schreiben vom 11. Oktober geäußerten Wunsch, bereits sechs Monate vor Ablauf des bis zum 30. April nächsten Jahres gültigen, mit ihren Stimmen gestützten und auf Ihren Antrag für verbindlich erklärten Schiedspruch vom 20. April d. J. in eine Erörterung über eine Abänderung einzutreten, bedauern wir, nicht entsprechen zu können, da wir die von Ihnen vorausgesetzte grundlegende Anerkennung der Bergarbeiter nicht anerkennen vermögen. Im übrigen verweisen wir darauf, daß sich die wirtschaftliche Lage des Ruhrbergbaus in den letzten Monaten derart verschlechtert hat, daß sich unseres Erachtens viel eher Verhandlungen über eine Lohnherabsetzung als über eine Lohnerrhöhung bedingen würden.“

Auf diese Provokation mußten die Ruhrbergarbeiter dieselbe Antwort geben, wie das die mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter tun haben.

Der Verlauf der gestrigen Schlichtungsverhandlungen, die nicht des Reichsarbeitsministers ohne Mitwirkung der Parteien einen Schiedspruch zu fällen, um durch dieses Distat den Kampf der Bergarbeiter abzuwehren, zeigt, daß die Bürger- und Arbeiterregierung entschlossen ist, die Bergarbeiter zu betrogen und die gesamte Unternehmertum das Signal zu einem neuen Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiterschaft zu geben.

Die Situation ist eindeutig. Schon tagt der Schlichtungs- und Schiedsrichter. Ein Schiedspruch und seine heutige Verbindlichkeitserklärung ist zu erwarten. Wie werden die Bergarbeiter sich verhalten? Werden sie, wie es die

Gewerkschaftsbureaufürten möchten, die Gesetzesparagrafen anerkennen und sich um den Erfolg ihres Kampfes bringen lassen, so daß die Unternehmer und die Bürgerblockregierung triumphieren — oder werden sie mit verstärkter Weiterführung des Streikes bis zur völligen Durchsetzung ihrer Forderungen antworten?

So und nicht anders steht die Frage. Die Schlichtungsordnung ist die Schlinge, mit der die deutschen Kapitalisten jede Bewegung zu erdroffeln versuchen, zumal die Gewerkschaftsführung dieses formelle Recht auf Abwägung jeder Abwehrbewegung der Arbeiterschaft sanktioniert hat. Jeder Versuch der Streikbewegung stößt auf die Schlichtungsstrafe. Eine Erfüllung der Forderungen der Arbeiterschaft ist nur möglich durch die Zertrümmerung dieser Schranke. In diesem Sinne muß sehr gehandelt werden.

Einigkeit sämtlicher Machtmittel des Bergarbeiterverbandes! Solidaritätsaktionen aller anderen freien Gewerkschaften! Verhinderung aller Kohlentransporte! Unterstützung der mitteldeutschen Bergarbeiter, die einen großen Kampf für das gesamte deutsche Proletariat kämpfen!

Das sind die mindlichen und nächsten Maßnahmen, die von den Gewerkschaftsführern verlangt werden müssen, für die das gesamte Proletariat gewonnen werden muß.

### Die Streiklage im Senftenberger Gebiet

Frauen holen ihre Männer aus der Grube. — Faschistische Streikbrecher schießen auf Arbeiter.

Senftenberg, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Im Senftenberger Gebiet stehen jetzt 93 Prozent der Belegschaft im Ausstand. Die letzte in großem Umfang noch arbeitende Grube „Marga“ wurde gestern stillgelegt. Auf verschiedene Zeichen kamen die Frauen und holten ihre Männer aus den Gruben, da die Männer nicht länger für den Hungerlohn arbeiten sollten. In Lauchhammer versuchte man, mehrere Streikbrecher in Reichspolizeischutz zu befördern. Vor der Grube Viktoria III wurde von faschistischen Grubendelegierten kaltblütig auf Streikende geschossen.

## Die sozialen Kämpfe und der Reichstag

S. R. Berlin, 19. Oktober 1927.

Fünf Tage soll der Deutsche Reichstag, das „Souveräne Haus“, auf Befehl der Bürgerblock-Regierung tagen, um die Herrschaft der Zoll- und Steuerräuber, der Mietwucherer und Lohnbrüder mit dem Wert der geistigen Anechtung der Arbeiterklasse zu krönen. Das Reichstagsgesetz steht auf der Tagesordnung, das nicht nur als ein Geschenk der Junker und Schlotbarone an die Pfaffen zu werten ist, sondern ein Glied in der Kette der Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik ist, die der Bürgerblock planmäßig betreibt. Daß mit der Erweiterung des Einflusses auf die heranwachsende Jugend der „Schwarzen Polizei der Bourgeoisie“ zu einer gewaltigen Verstärkung ihrer Machtpositionen verholfen wird, das wissen die „buddhischen Vertreter Gottes auf Erden“ sehr wohl zu schätzen. Die zufriedenen strahlenden, feisten Jesuitengesichter der Pfaffen beider Richtungen, die im Reichstag und in der Regierung vertreten sind, zeigen deutlich genug, daß sich die dunkle Gesellschaft nahe dem Ziel ihrer Wünsche glaubt.

So will man also in der kurzen Oktobertagung des Reichstages so schnell wie möglich diesem neuen erreaktionären Gesetz die notwendige demokratisch-republikanische Dekoration verleihen. Doch ganz so programmäßig, wie sich der Bürgerblock den Verlauf dieser kurzen Sitzungsperiode dachte, dürften die Tagungen jedenfalls nicht verlaufen.

In den stillen Herbst dieses Reichstages, der zum Einbringen der letzten Früchte in die Scheuern des Bürgerblocks benutzt werden soll, brachten schon die Ergebnisse der Hamburger Wahlen eine merkliche Unruhe und Nervosität. Die starke Linksentwicklung der Wählermassen, der Wahlerfolg der KPD zeigen, daß die schlimmsten sozialen Wirkungen der Bürgerblockpolitik den ideologischen Umwandlungsprozess im rapiden Tempo fördern, und zeigen des Weiteren, daß die jetzige Zusammenziehung des Reichstages in keiner Weise mehr dem Willen der Wählermassen entspricht. Dieses Spiegelbild der sozialen Verhältnisse wird

jedoch noch in weit realerer Art ergänzt durch die immer größere Dimensionen annehmender Arbeitskämpfe. In die Verhandlungen des Reichstages hinein griff der Nierenkampf der 80 000 Bergarbeiter Mitteldeutschlands, nachdem es erst kurz vor dem Zusammenritt des Reichstages mit Mühe und Not gelungen war, die Streiks in Berlin, darunter den Verkehrsstreik, beizulegen bzw. abzuwürgen.

Die bürgerliche Presse aller Richtungen bemüht sich nach Kräften, die Bedeutung der gegenwärtigen Arbeitskämpfe herabzumindern. Dem brauen, kalten Bürger wird tagtäglich schon morgens am Kaffeetisch zur Beruhigung der Nerven die tröstliche Mitteilung gemacht, daß der Nierenkampf der mitteldeutschen Bergarbeiter einen absolut unpolitischen Charakter habe, und übrigens die Leitung des Kampfes fest in den Händen bewährter reformistischer Führer liege. Trotz der Zuversicht, daß es den reformistischen Gewerkschaftsführern schon gelingen wird, im rechten Augenblick den Streik abzuwehren, kann jedoch das Bürgerium die Sorge wegen der Folgen des Streiks nicht verbergen. Abgesehen von dem Brennstoffmangel in gewissen Industriezweigen und den Kraftwerken droht den Kohlen-gewaltigen der Verlust des Marktes, den sie sich während des englischen Kohlenarbeiterstreiks eroberten. Wir denken dabei insbesondere an den skandinavischen Markt, der jetzt fast vollständig von der mitteldeutschen Braunkohle beherrscht wird. Diese Auswirkungen, und in erster Linie natürlich die durch die Bürgerblockpolitik geschaffene soziale Lage, bedingen den politischen Charakter des größten Kampfes in Mitteldeutschland.

Wenn einerseits der Kampf der Bergarbeiter gegen die immer härtere Formen annehmende kapitalistische Ausbeutungspolitik geführt wird, so stehen andererseits die Kapitalisten bereit, mit allen Mitteln der Staatsgewalt, mit den Schlichtungsausschüssen, den Arbeitsgerichten, und wenn das nicht genügt, mit der bewaffneten Staatsgewalt, also mit politischen Mitteln den Streik zu unterdrücken oder niederzuschlagen.

Es ist selbstverständlich, daß die Presseschmots, wenn sie von dem „vollständig unpolitischen Wirtschafts-